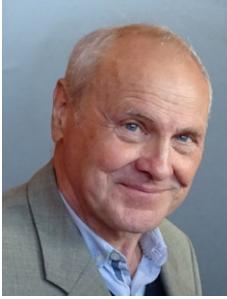


- S. 2 INFORMATIONS-AUSTAUSCH
- S. 3 AUS UNSEREN TIG
- S. 4 VERTRETER-VERSAMMLUNG 2026
- S. 5 STELLUNGNAHME ZUR KRITIK
- S. 6 80 JAHRE NÜRNBERGER PROZESSE



Grußwort zum Jahr 2026

Zum Neuen Jahr wünsche ich im Auftrag des Vorstandes von ISOR e. V. allen Mitgliedern, ihren Familien, Bekannten und

Freunden sowie den mit ISOR Verbundenen Gesundheit, Wohlergehen, Freude und das Quäntchen Glück sowie einen erfolgreichen Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und der Beseitigung von Rentenunrecht. Im traditionellen Grußwort von ISOR aktuell zum Januar 2025 gab es einen Rückblick auf 2024 und Vorstellungen, Hoffnungen und Wünsche zum Jahr 2025. Es ist schon lohnenswert nachzulesen.

Die Gefahr eines weltumspannenden Atomkrieges wurde als Wesentlichstes bezeichnet. Es wurde das Ruinieren der deutschen Wirtschaft festgestellt mit allen Wirkungen auf das Soziale. Die Einschränkung der Meinungsfreiheit, das Schaffen und Verstärken von Feindbildern sowie die Vorbereitung auf einen Krieg mit Russland waren als Problem-punkte angeführt.

Eine Reihe von Punkten als Hoffnungen für 2025 waren benannt. Zu diesen Fragen haben wir uns im Jahr 2025 zusammen mit unseren Partnern als Zeitzeugen sehr vielfältig wissam zu Wort gemeldet.

Vieles von unseren im Januar 2025 gehegten Hoffnungen hat sich nicht erfüllt, sondern hat im Laufe des Jahres 2025 eine Steigerung erfahren und erschreckende Ausmaße erreicht.

Anderes hat an Kraft gewonnen und stimmt uns für die Zukunft hoffnungsvoll. BRICS entwickelt sich trotz massiver Gegenwehr, China hat sich als die wissenschaftlich-technische Führungsmacht bestätigt, der Versuch des gesamten „Wertewestens“, Russland zu ruinieren und zu zerstückeln, klappte nicht. Stattdessen beeindruckt die russische Militärtechnik die Welt und hält die Aggressiven von einem Angriff ab. Das Ausbluten Russlands hat sich umgekehrt – stattdessen blutet in erster Linie die EU aus. Trotz US-

Wahlsieg von Trump hat sich die EU noch nicht von seiner Trump-Feindlichkeit gelöst. Die Zahl der Kriege in der Welt und deren Heftigkeit nahmen 2025 massiv zu. Rüstungsprofite sind für den Wertewesten das Alpha und Omega geworden. Alpha und Omega stehen für den ewigen Beginn und das ewige Ende. Im Heute eskalieren diese Staaten hin zu aller ewigem Ende.

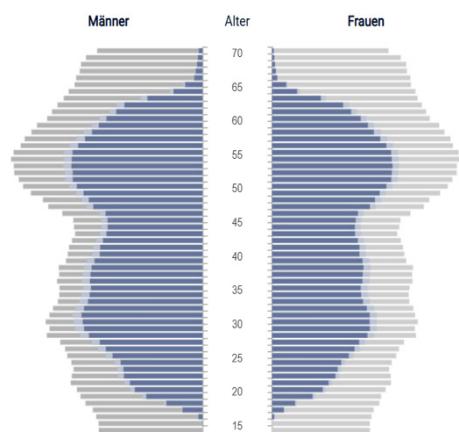
Alle Wünsche, die von der Mehrheit der Menschen zum Neuen Jahr ausgesprochen werden, haben eine gleiche reale Basis. Sie können nur Wirklichkeit werden, wenn kein Krieg das Land überzieht.

Die Mitglieder von ISOR haben die Schrecken des Zweiten Weltkrieges wahrgenommen oder sind von den Zeitzeugen geprägt worden. Sie sind mit den Spuren an Mensch und Sache sowie mit den Berichten darüber aus ihrem Umfeld aufgewachsen.

Die Tätigkeit in den bewaffneten Organen der DDR haben ihre Sinne in dem Zusammenhang geschärft. Sie wünschen fürs Jahr 2026 als Zeitzeugen ihren Kindern, Enkeln und Urenkeln ein Leben, welches nicht durch Krieg ein grausames Ende findet.

Die Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR haben durch ihr Engagement höchste Gefechtsbereitschaft praktiziert und niemals gegen ein anderes Land gekämpft. Das Militär der DDR hat nie gegen das eigene Volk die Hand erhoben.

Die bewaffneten Organe der DDR haben die „Wende“ friedlich begleitet, obwohl sie die Waffen in der Hand hatten und ihre geschworenen Feinde nicht. Sie, die Angehörigen der bewaffneten Organe, haben sichergestellt, dass die „Wende“ friedlich verlaufen ist. Der Vorwurf einiger an die Politiker der DDR und an die bewaffneten Organe der DDR, dass diese keine Waffen eingesetzt haben, um die Errungenschaften der DDR zu bewahren, existieren. Die Frage: „was wäre, wenn“ ist nicht nur müßig, sie ist klar zu beantworten, wenn man Serbien, Irak, Libyen usw. ansieht. Ohne den Verbündeten Sowjetunion an der Seite hätte die DDR nicht überleben können.



Was hat das Gesagte mit der Satzung von ISOR e. V. zu tun? Der Zusammenhang der Belastung des deutschen Staatshaushaltes wegen der Hochrüstung und der massiven Einschränkungen im Sozialen ist jedem klar und war der Grund für die obigen Ausführungen.

Die Darstellung und Klärung der Fragen im Zusammenhang von Sozialabbau, Sozialbetrug zu Maximalprofite, Hochrüstung, Kriegspropaganda und Kriegstüchtigkeit bestimmte das Handeln in unserer letzten Wahlperiode und wird auch die kommende Zeit bestimmen.

Durch abweisende höchstrichterliche Entscheidungen wurde die weitere Fortdauer des Rentenstrafrechts in die Verantwortung der Legislative geschoben und die Problemklärung auf den politischen Kampf verwiesen. Neben vielen Initiativen zeigte die jüngste Antwort 10/2025 des Bundeskanzlers auf unseren Brief (9/2025), dass keine Absicht besteht, derzeit die Gesetzeslage zu ändern. Zugleich wird durch bewusste Aktivitäten die Inflation angeheizt. Damit werden sowohl die Einkommen als auch die Rücklagen fürs Alter entwertet. Den Deutschen machen aktuell die Regierung sowie deren Sprachrohre weiß, dass man länger und mehr arbeiten müsse und weniger Rente erhalten könne.

Erlaubt mir einen Blick über den Tellerrand. Seit 2012 (Sozialgesetzbuch VI) wird

die Regelaltersgrenze in Deutschland von 65 auf 67 Jahre angehoben. Wie sieht es in den anderen Ländern der EU aus? Die untere Grenze in den EU-Staaten liegt bei 62, die obere Grenze für das Ausscheiden liegt bei 67 Lebensjahren. D.h. Deutschland hat den Negativrekord. Nach Art. 2 des Vertrages über die Europäische Union sind die Grundwerte Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Minderheitsrechte. Wo bleibt denn die Gleichheit, wenn in der EU trotz langer Existenz das gesetzliche Renteneintrittsalter, die weiteren Sozialleistungen und auch die Rentenzahlhöhen sehr unterschiedlich sind? Das deutsche Rentensystem erfolgt nach dem Umlageprinzip. Der Arbeitende zahlt ein, der im Ruhestand befindliche erhält. Ein „Ansparen“ erfolgt nicht. Die Politik spielt bewusst jung gegen alt aus. Die Jungen haben für Bildung bis zum Eintritt ins Berufsleben auf Kosten des Staatshaushaltes gelebt. Das ist normal. Deshalb sollten sie dies den Alten nicht mehr Arbeitsfähigen auch zugeschenen.

Die Alterspyramide Erwerbspersonen (SV-Beschäftigung) - Statistik der Bundesagentur für Arbeit weist für den 31.12.2024 die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zahlenmäßig und als Alterspyramide aus. Aus dieser erkennt man, zwischen dem 16. Lebensjahr und dem 30. Lebensjahr liegt der Eintritt ins Berufsleben. Zwischen dem 60. und 70. Lebensjahr scheidet die Masse aus dem Berufsleben aus. Wenn einige Politiker meinen, die Alten würden auf Kosten der Jungen leben wollen, so steht aber auch die Frage der Sozialleistungen der Jungen, die die Alten sichergestellt haben, steht die Frage, wie diese Generation mit den sich im Alter ergebenden Fragen umgeht. Es hat nichts mit Menschenwürde, mit Gerechtigkeit zu tun, wenn im Profitinteresse die Sozialleistungen gekürzt werden. Es ist ungerecht, wenn Deutschland aus seinen Steuergeldern fast doppelt so viel seines BIP in den EU-Haushalts einzahlt, wie die wenigen nachfolgenden Geberländer.

Welche Rechte in Bezug auf Forderungen Geld aus der EU-Haushalt zu verpulvern haben die Nehmerländer? Wenn Lettland, Litauen, Estland 1,5 bis 2,5 Prozent ihrer BIP aus dem EU-Haushalt erhalten, dann braucht es keinen zu wundern, dass sie diese Gelder in die Hochrüstung stecken. Ihre Hochrüstung wird somit offensichtlich aus deutschen Steuergeldern bezahlt. (Siehe Nettozahler und Nettoempfänger in der EU | Europa | bpb.de)

Luxemburg als Hauptnehmerland erhält aus dem EU-Topf pro Kopf das 3,5-fache von

dem, was Deutschland als Hauptgeberland pro Kopf in den EU-Topf zahlt. Alles netto, also Gelder, die aus dem EU-Topf zurückfließen, sind abgerechnet. Dabei liegt das Durchschnittseinkommen in Deutschland aktuell bei rund 50.000 Euro im Jahr und in Luxemburg bei rund 83.000 Euro. Dieses Einkommen ist rentenwirksam. Die Mindestrente in Luxemburg betrug 2024 2.244,82 Euro und der Höchstbetrag 10.392,67. (Luxemburg Rente im Jahr 2025 - Luxtoday.lu)

In Deutschland existiert keine Mindestrente. Die Höchstrente in Deutschland betrug 2024 3.445 Euro.

Das ist Gleichheit? Die Steuerzahler Deutschlands finanzieren weit mehr andere Länder als sie glauben. Das ist soziale Gerechtigkeit? Entspricht das tatsächlich den Werten der EU?

Bleiben wir beim Hauptnehmerland. Da liegt das Renteneintrittsalter bei 65 Jahren. Jedoch schon mit dem Nachweis von zehn versicherungspflichtigen Jahren erhält man beim Erreichen der Altersgrenze wenigstens die o.g. Mindestrente. Deutschland beutet seine Bürger von allen EU-Staaten am meisten aus.

Dabei sind einige Faktoren bisher nicht erwähnt. Die zweite Säule der Altersvorsorge ist die Betriebsrente. Die im Osten erworbenen Ansprüche wurden weitestgehend nicht überführt. Nach der „Wende“ bis heute ist der Anteil derer im Osten, die mittels Betriebsrente die Altersvorsorge stärken können signifikant geringer als im Westen. Noch krasser sieht es bei der dritten Säule aus. Aktien- und Wertpapierbesitz existiert im Osten kaum. Private Altersversicherungen scheitern bei der Mehrzahl an den Möglichkeiten, d.h. am dafür verfügbaren Einkommen.

Auch diese Unterschiede innerhalb Deutschlands reichen nicht aus, um soziale Unterschiede auszuweisen. Erbmasse, Privatbesitz und dabei besonders Wohneigentum sind

weitere Faktoren, die das Soziale mitbestimmen und Ost und West ebenfalls signifikant unterscheiden. Diese hier genannten Unterschiede zwischen Ost und West bestehen auch zwischen den Ländern in der EU. Insofern behaupte ich, der Staatsapparat Deutschlands stellt das Wohl seiner Bürger nicht in den Mittelpunkt seiner Politik, wie es andere Länder postulieren und zum Teil tun.

Alle hier erörterten Faktoren tragen dazu bei, dass gleiche Lebensleistungen nicht gleichbehandelt werden bzw. als gleichbehandelt wahrgenommen werden.

Wir halten die Entscheidung, keine gesetzlichen Regelungen beschließen zu wollen, um Rentenunrecht abzuschaffen, für nicht hinnehmbar. Wir werden unsere Forderungen weiter vorbringen und versuchen, die Vielfalt des Unrechts, welches sich auch in den Alterseinkünften widerspiegelt, zusammen mit den anderen Betroffenen anzuprangern und zu beheben.

Dazu gehört vor allem das Beseitigen von Ausgaben aus dem Staatshaushalt, die in fremde Taschen fließen, die Maximalprofite dienen und nicht den Bürgern Deutschlands. Mit einer Beseitigung von Ausgaben, die durch Lobbyisten getrieben politischen Zielen dienen, wird Geld wieder für Soziales frei. Bildung, Förderung der Kinder und Jugend, gerechte Entlohnung sowie das Erhalten der Würde der Menschen im Alter und auch gesamtgesellschaftlich nützliche Wirtschaftsförderung können dann wieder finanziert werden.

Friedenspolitik und Sozialpolitik sind der Zusammenhang, den wir als Zeitzeugen auch in 2026 vermitteln.

Wir wünschen uns für 2026 viel Erfolg bei unserem Eintreten für Frieden und soziale Gerechtigkeit. In diesem Wirken haben wir viele Partner. Reichen wir uns die Hände.

*Hochachtungsvoll
Joachim Bonatz, Vorsitzender*

* * * AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES * * *

Unsere Kanäle für den Informationsaustausch

In unseren Vereinen zählt jede Stimme, jede Erfahrung und jeder Ort, an dem wir uns gegenseitig stärken können. Die folgenden Kanäle sind Räume, in denen unser Engagement sichtbar wird, Geschichten geteilt werden und wir gemeinsam für Frieden, soziale- und Rentengerechtigkeit einstehen. Ob Videos, Hintergrundinformationen oder neue Impulse – hier findest ihr Orte, an denen unsere Arbeit weiterlebt und weiterwirkt.

Youtube Kanal des OKV e. V.
<https://www.youtube.com/@okvostdeutscheskuratoriumvonve>

Internetseite des OKV e. V.
<https://okv-kuratorium.org/>

Neuer Internetauftritt von ISOR e. V.
ab 1. Dezember 2025
<https://isor-sozialverein.de/>

Aktivitäten aus der TIG Templin

In Templin gibt es noch ein Thälmann-Denkmal und eine Thälmann-Straße. Unmittelbar nach der Übernahme durch die BRD wurde gefordert, das Denkmal abzureißen und die Straße umzubenennen. Dies wurde aber von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. So beschloß die TIG Templin 2024 zum 80. Jahrestag der Ermordung von Ernst Thälmann eine feierliche Veranstaltung mit Blumengebinde und einer kleinen Rede durchzuführen. Dazu wurden auch Sympathisanten der TIG eingeladen. Im Vorfeld wurde das Gelände gesäubert. So beschlossen wir auch 2025 am 18.08. wieder eine Gedenkveranstaltung am Thälmann-Denkmal durchzuführen.

Nach einer kurzen Gedenkrede durch den TIG-Vorsitzenden Peter Richter erfolgte die Blumenniederlegung und eine Gedenkminute. Im Anschluss tauschten wir uns mit unseren Gästen über aktuelle Probleme aus. Dabei ging es hauptsächlich um die destruktive Politik der gegenwärtigen Regierung und deren Aufrüstungswahn. Auch im Jahr 2026 werden wir wieder diese Gedenkveranstaltung durchführen. Eine Erinnerung an den 12.4.1961, als Juri Gagarin als erster Mensch in den Kosmos flog. An diesem Tag hatten wir Pionernachmittag und sahen den Thälmann-Film mit Günter Simon in der Hauprolle... *Uwe Schwenke stellv. Vorsitzender der TIG Templin*

Jahresabschlussversammlung der Suhler TIG

Am 19. November fand die Abschlussveranstaltung unserer TIG für das Jahr 2025 statt, an der 35 Mitglieder teilgenommen haben. Als Gäste begrüßten wir den Stellvertretenden Vorsitzenden der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft Thüringen, Dieter Neues, welcher an der Lomonossow-Universität Moskau studierte und Offizier unserer BV gewesen war, sowie das Leitungsmitglied des Suhler BSW Achim Nickel. Unser Vorsitzender Jochen Gladitz informierte über die Vertreterkonferenz in Berlin. Unsere TIG hat aktuell noch 117 Mitglieder. Der Dank für die Stabilität unserer Gemeinschaft gilt den Vorstandmitgliedern und den Betreuern, insbesondere auch unserer Hauptkassiererin Margarete Hörold. Unser Augenmerk muss darauf gerichtet werden, rechtzeitig Ersatz für ausfallende Funktionsträger zu finden. Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Betreuung unserer Veteranen und persönliche Kontakte. Die neuen Medien sollten hierbei zukünftig stärker einbezogen werden. Unsere TIG hat eine AG Mitgliederbetreuung unter Leitung von Peter Merk ins Leben gerufen, die noch intensiver zu nutzen ist. Am 10. Juni 2026 wird in Berlin die neue Führungskonzeption beraten und beschlossen. Unsere TIG entsendet die Mitglieder Peter Neupert und Wolfgang Tanner. Zum 35. Jahrestag von ISOR veranstalten wir ein Fest unter Verantwortung von Herbert Ullrich. Dieter Neues stellt sich kurz vor und betonte, er habe auch aktuell noch Kontakte zu ehemaligen Studienkollegen, die in Russland in Führungsfunktionen tätig sind. Unter Jelzin war der CIA in Russland allgegenwärtig und forcierte die Ko-

lonialisierung des Landes. Der Konflikt Russland – Ukraine entwickelt sich immer mehr zu einem Konflikt Russland – NATO, beziehungsweise Russland – USA. Das Deutsch-Russische Rohstoffabkommen ist von Deutschland im Rahmen der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland mit fatalen Folgen für Deutschland gekündigt worden. Die USA wollten 2014 auf der Krim ein Generalkonsulat einrichten, was aber nicht zustande kam. Stattdessen votierte die Bevölkerung der Krim für einen Anschluss an Russland. Auch in Russland gibt es Korruptionsprobleme, die aber nicht die Schwere derer in der Ukraine erreichen. Achim Nickel war über Jahrzehnte Funktionär der SED und später Mitglied der LINKEN. Er ist aus der Partei ausgetreten, als diese anfing, sich mit sich selbst zu beschäftigen und begrüßte auch den Austritt von Sarah Wagenknecht. Er verfasst das Wahlprogramm für das Suhler BSW, Schwerpunkte sind Bildung, Integration und Migration, wobei hier der Schwerpunkt auf der Einhaltung der deutschen Gesetze liegt.

Im BSW gäbe es unterschiedliche Auffassungen zur Beteiligung des BSW an der Thüringer Brombeerkoalition. Über die Demokratie in der jetzigen Form - über alles werde ewig diskutiert und der Kern zerredet - sollte nachgedacht werden. Das BSW ist für Rentengerechtigkeit und gegen Strafrenten. Eine Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwischen BSW und ISOR wäre anzustreben. Bei Imbiss und Getränken hatten die Mitglieder in kleinen Gruppen noch Gelegenheit zu intensiven Gesprächen und Gedankenaustausch. *Wolfgang Tanner, TIG Suhl*

Weihnachtsfeier TIG Stollberg/Erzgebirge am 09.12.2025

Wie geplant fand am 09.12.2025 wieder unsere Weihnachtsfeier der TIG Stollberg/Erzgebirge in unserer Gaststätte „Volkshaus“ Brünlos statt. Fast alle Mitglieder waren mit ihren Partnern gekommen. Es fehlte keiner unentschuldigt. Als Ehrengast nahm das Mitglied des Vorstandes und gleichzeitig Redakteur von ISOR aktuell Genosse Steffen Haupt daran teil. Die Erwartungshaltung war wieder groß. Alle freuten sich in dieser Runde wieder zu sehen. Zuerst machte ich einige Ausführungen zur allgemeinen politischen Lage. Des Weiteren erläuterte ich den derzeitigen Stand der Arbeit von ISOR vor allem die Problematik die sich aus der Altersstruktur ergeben. In der Diskussion wurden aber auch Lösungsvorschläge gemacht die dem altersbe-

dingten Abgang entgegen stehen könnten wie Werbung neuer Mitglieder der jüngeren Generation die politisch genauso so denken und fühlen wie unsere verdienstvollen Mitglieder. Nach einem gemeinsamen Mittagessen, alle warteten schon gespannt darauf, wertete ich unsere nun schon jahrelang durchgeführte Solidaritätsaktion mit unserer Patenfamilie Maikely Garcia Rodriuguez aus Cuba/Vinales aus. Ich verlas die per WhatsApp von der kubanischen Familie gesendeten Grüße an die Mitglieder von ISOR Stollberg. Ebenso waren die Mitglieder begeistert von den Fotos, die die kubanische Familie gesendet hat, auf denen man sehen konnte, wie unsere Spende verwendet wurde. Viel Freude kam auf, als den Mitgliedern ein Foto von Angela, der Tochter unserer Patenfamilie, gezeigt wurde, was sie selber mit einer Widmung für die Mitglieder von ISOR Stollberg gemalt hatte. Darin bedankt sie sich auch im Namen ihrer Familie für die geübte Solidarität mit Cuba und speziell mit ihrer Familie. Danach schloss sich ein gemütliches Kaffeetrinken bei Weihnachtsstollen und Plätzchen an. Auch der Weihnachts-



Die familie Maikely Garcia Rodriuguez aus Vinales Kubas sendet herzliche Grüße an die Veteranen des ISOR Stollberg. Ein frohes und erfolgreiches Jahr 2026!

mann, diesmal eine Weihnachtsfrau, kam noch und es gab für jedes Mitglied noch ein kleines Geschenk.

Abschließend kann ich einschätzen, dass es wieder eine gelungene Veranstaltung war und wir den Veteranen ein paar schöne Stunden bereitet haben und auch eins kam zum Ausdruck: alle Mitglieder versicherten nochmals, dass ISOR ihre politische Heimat ist.

Jürgen Jattke, Vors. ISOR Stollberg/Erzgebirge



Ein Ausblick auf die Vertreterversammlung 2026

Die Vorbereitungen auf die Vertreterversammlung unseres Vereins haben begonnen. Die Zeit bis dahin wird sehr schnelllebig sein. In Vorbereitung auf diesen weiteren Höhepunkt unserer Vereinsgeschichte ist zunächst ein Rückblick auf die Ergebnisse unserer Arbeit der zurückliegenden Jahre, auf die Bedingungen, unter denen wir die Umsetzung der Beschlüsse/Aufgaben zu erledigen hatten, angebracht und daraus abzuleitende Gedanken für unsere Arbeit zu entwickeln.

Wir stellen zuerst fest: ISOR e. V. und die territorialen Gliederungen bestehen noch immer. Und das trotz andauernder Versuche und Handlungen, uns zu spalten, uns zu diskriminieren, uns letztlich in der Gesellschaft zu isolieren. Unter diesen Bedingungen bleibt der Charakter unseres Vereins als politische Heimat aktuell. Das auch immer mit Leben zu erfüllen, ist kein Selbstläufer. Wir alle haben uns freiwillig als Mitglied der ISOR zusammengeschlossen. Wir blicken auf gemeinsame Biografien zurück. Dafür müssen wir uns nicht entschuldigen. Erinnern wir diejenigen, die uns noch heute verteufeln: Die Ereignisse, die zum Ende der DDR führten, verließen friedlich, die Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR haben gegen die Opposition - so auch gegen Mitläufer - keine Waffen eingesetzt. Zahlreiche Dokumentationen weisen nach: Das MfS/AfNS und die weiteren Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR haben keine Verbrechen begangen. Selbst das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass das MfS/AfNS nicht anders als andere Geheimdienste der Sicherheit ihres jeweiligen Staates diente. Übrigens haben sich zwischenzeitlich maßgebliche Organisatoren der als friedliche Revolution bezeichneten Ereignisse sehr kritisch über die nach dem Anschluss der DDR an die BRD eingetretene gesellschaftliche Entwicklungen ausgesprochen. Ein Beispiel: Der damalige Pfarrer der Nikolai-Kirche in Leipzig, Führer, 1989 bedeutender Organisator der Opposition bis hin zu der Massenkundgebung am 9.10.1989 in Leipzig mit den 70 000 Teilnehmern, kritisierte am 2. September 2012 in seiner Predigt in der Aegidienkirche Kiel die nach dem Anschluss der DDR an die BRD eingetretene gesellschaftliche Lage in Deutschland. Er stellte u.a. die Frage: (Zitat) „Wie steht es mit unserer festgefahrenen, durch Gier, Macht und Krieg und auch durch Ignoranz gegenüber dem Klimaschutz gefährdeten Welt“. Und an einer anderen Stelle äußerte er: (Zitat) „Das System kann nicht die Probleme beseitigen, die es selber hervorbringt. Die Wurzelsünde des Globalkapitalismus, das hemmungslose Profitstreben und die Anstachlung der Gier müssen überwunden werden“. (Diese Erkenntnis fehlt heutigen Volksvertretern, auch aus den Reihen linker Bewegungen). Wir erleben die mit der verkündeten Zeitenwende - diese nahm bereits mit der Überleitung der DDR an die kapitalistische/imperialistische BRD ihren Anfang - eingetretenen diesem System innenwohnenden Entwicklungen Deutschlands, der EU und weltweit. Kriege, jetzt besonders der Stellvertreterkrieg der Ukraine (EU) gegen Russland, die sich zusätzlichen-

de Wirtschaftskrise einschließlich des damit verbundenen Sozialabbaus, eine Einschränkung der Demokratie, u.a. durch Begrenzung der Meinungsfreiheit, die Geschichtsumdeutung, und das alles einhergehend mit der stabsmäßig organisierten Falschinformation der Bevölkerung, bestimmen die Politik. Im Mittelpunkt steht die militärische und gesamte gesellschaftspolitische Vorbereitung eines Krieges gegen Russland. Diese Situation fordert von uns, auch weiter geschlossen unsere Möglichkeiten zur Abwehr dieser Politik, besonders des Krieges gegen Russland, einzubringen. Selbst mit Zustimmungserklärungen für Aktionen von Friedensinitiativen, an den wegen der räumlichen Entfernung Mitglieder nicht teilnehmen können, können wir Aktionen unterstützen. Vor allem sind wir gefordert, Wege zu finden, mit belastbaren Fakten die Kriegsgefahr und damit zusammenhängende Folgen (Soziales, Demokratie u.a.) in das Bewusstsein vieler Menschen zu bringen. An dieser Stelle sagen wir im Namen aller unserer Mitglieder dem Vorstand unseres Vereins Dank für seine konstruktive Arbeit, so in der bundesweiten Friedensbewegung, im OKV, im Bestreben gegen die Straffreien, als Mitglied im RTR, gegen Diskriminierungen und Geschichtsfälschungen u.a. Daraus leitet sich für uns in den TIG die Verantwortung ab, die Arbeit des Vorstandes zu unterstützen, selbst Vorschläge/Anregungen für die Entscheidungsfindungen des Vorstandes zu unterbreiten, damit auch den Erfahrungsaustausch zwischen den Strukturen zu fördern. Das heißt, den Zusammenhang zwischen der Existenz der TIG und der Arbeit des Vorstandes unseres Vereins zu sichern, steht als Aufgabe für uns in den TIG. Dazu sind wir auch weiter bereit. Wir, unsere Mitglieder, unterstützen bereits mit der Mitgliedschaft, also mit dem Erhalt der TIG, den Vorstand unseres Vereins, nach außen hin aktiv zu handeln. Dieser Gedanke trägt zur Motivation der Mitglieder bei, das Bestehen der TIG zu gewährleisten. Auch wir in den TIG sind damit in der Lage, im Territorium auf ISOR und die Arbeit des Vereins zu verweisen. Das allerdings erfolgt hier in unserer Stadt nicht mit der notwendigen Kontinuität. Einerseits arbeiten mehrere unserer Mitglieder aktiv in Strukturen außerhalb von ISOR, so in der Friedensinitiative Chemnitz, im RotFuchs, in CubaSi, innerhalb der VVN/BdA, in der KPF der LINKEN, in einem Sozialpolitischen Netzwerk. Andererseits erfolgen gemeinsame Maßnahmen noch zu sporadisch. Das führt zu meinem Entschluss, o.g. Strukturen nochmals verbindlich wissen zu lassen, dass wir bereit sind, deren Vorhaben und weitere Ideen zu unterstützen. Dazu werden wir ihnen erneut eine Auskunft über ISOR und unsere TIG geben. Ich wäre auch dankbar, wenn es gelingt, den Erfahrungsaustausch zwischen den TIG über Wege, Methoden, Inhalte u.a. zu intensivieren. Dazu begrüße ich die Aktivitäten unseres Landesbeauftragten/Stellvertreter des Vorstandes Gerald Böhm, nicht zuletzt, weil er auf Fragen, Anregungen u.a. umgehend reagiert. Zu Situation in unserer TIG Chemnitz einige Bemerkungen.



Wie überall in ISOR sind wir seit 1990 „etwas älter“ geworden. Das wirkt sich objektiv aus auf die Bereitschaft Funktionen zu übernehmen (Vorstand, Leiter von Unter-TIGs, Gruppenbetreuer). Nicht gänzlich zu erkennen ist, dass vereinzelt eine aktive Mitarbeit in der TIG, z.B. Mitglieder Zusammenkünften, Veranstaltungen nicht mehr als möglich zu beurteilen ist. Das verlangt einerseits, immer wieder Wege zu finden zur Motivation der Mitglieder. Der Vorstand der TIG nutzt dazu Informationsbeilagen über die Arbeit des Vorstandes der TIG, über Hilfsangebote im sozialen Bereich, über Standpunkte zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen. Letzteres ist ausbaufähig. Das ersetzt allerdings nicht den persönlichen Kontakt zwischen Vorstand, Gruppenbetreuer, Mitglied. Das erwarten, verlangen Mitglieder. Hier wollen wir prüfen, Mitglieder zu finden, die eine „Patenschaft“ über Freunde, die wegen des Alters oder der Gesundheit weniger mobil sind, übernehmen. Wir dürfen also niemand allein lassen. Bewährt zur Festigung der TIG, zur Motivierung der Mitglieder haben sich Veranstaltungen, wie z. B. Buchvorstellungen, Gesprächsrunden in den territorialen Gliederungen, Veranstaltung zum Frauentag. Diese Art von Veranstaltungen lassen sich aber immer schwerer organisieren. So stehen Räumlichkeiten weniger zur Verfügung. So erhalten Begegnungsstätten immer weniger staatliche Zuschüsse für ihre Existenz (was wird wohl mit derartigen Kürzungen beobachtet!). Um so erfreulicher ist hier in Chemnitz die Bereitschaft der Volkssolidarität, uns für die Raumnutzung zu unterstützen. Nochmals eine Bemerkung zur „Betreuung“ unserer Mitglieder. Wir sind angehalten, den Einsatz von Mitgliedern als Gruppenbetreuer, Kassierer, Verteiler der ISOR aktuell und natürlich die Arbeit generell zur Festigung der TIG zu würdigen. Dem Vorstand der ISOR danken wir für die Schaffung der Möglichkeiten zur Ehrung von Mitgliedern, auch von Verstorbenen. Eine letzte Bemerkung. Wir, die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, heute organisiert in ISOR e. V., sind lebende Zeugen für das Leben in der DDR. Wir sind gefordert, den individuellen Bedingungen entsprechend als solche aufzutreten. Dafür sprechen viele Freundinnen / Freunde, stellvertretend Wolfgang Schmidt, Heinz Engelhard und viele andere. Nicht nur meine Erfahrungen machen deutlich, dass auch Vertreter von linken Strukturen Bedarf haben, sich mit der Geschichte der DDR und ihren Sicherheitsorganen objektiv vertraut zu machen. Wir können ihnen helfen. Aus aktuellem Anlass bleibt noch eine nicht zu unterlassende Feststellung. Die Auseinandersetzung mit der „Politik“, also dem Gesetzgeber in Sachen „Straffreie“, ist nicht beendet. Wir sorgen uns noch immer um die Durchsetzung des Rechts. Daher eine Ansprache an alle unsere Mitglieder: Wir benötigen alle unsere gesunde, tatsächlich existierende Unterstützung der weiteren Maßnahmen dazu. Der Vorstand unseres Vereins wird sicher in dieser Sache informieren.

Peter Eichler, TIG Chemnitz, Vorsitzender

Sehr geehrte Freunde,

wie immer habe ich zu Monatsanfang auf unser Mitteilungsblatt gewartet. Und natürlich sofort am 3.12. das „Studium“ begonnen.

Im „Leitartikel“ fiel mir auf, dass meines

Erachtens Formulierungen verwendet werden, die nicht zu halten sind. Ich meine die Äußerungen zum 2+4-Vertrag (nicht Abkommen), und hier die Aussage, dass in dem Vertrag die Zusage gemacht wurde, dass es keine Osterweiterung der NATO geben wird. Ich habe den Vertrag nochmal gelesen

und finde keine solche Zusage. Ich weiß jedoch aus anderer Literatur von mündlichen Absprachen, welche nicht Vertragsinhalt wurden. Wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, sollten wir „sauber“ bleiben. Mit besten herzlichen Grüßen aus Blankenburg

Erhard Oelschläger, TIG Blankenburg

Stellungnahme von Prof. Joachim Wernicke zur Kritik von Erhard Oelschläger zu Formulierungen im Leitartikel der Dezember 2025-Ausgabe

Der Autor des Artikels, Reinhard Frohberg, gibt einen interessanten Bericht über die Gedenkveranstaltung am 19. Oktober am Fliegerehrenmal in Syhra, in Erinnerung an die sowjetischen Piloten Oberst Viktor Nikolajewitsch Schandakov und Major Juri Alexejewitsch Wladimirow: Am 19. Oktober 1966, vor genau 59 Jahren, geriet auf einem Übungsflug mit einer Mig 21 ihr Triebwerk in Brand. Bei der sofort gebotenen Auslösung der Rettungssysteme wäre die Maschine in das Dorf Syhra gestürzt. So führten sie, soweit noch möglich, die brennende Maschine solange, bis der Absturzort außerhalb der Ortschaft lag, bevor sie „ausstiegen“, aber zu spät: Durch dieses selbstlose Manöver verloren beide ihr Leben. Der eine war 43, der andere 35 Jahre alt. Eine zusätzliche aktuelle Tragik im laufenden Ukrainekrieg wird dadurch betont, dass einer der Piloten aus Russland stammte, der andere aus der Ukraine.

1967 wurde am Absturzort das Denkmal errichtet. Nach der „Wende“ 1990 geriet es aus dem Blick, wurde aber unter Initiative des Ortsverbandes Geithain der Partei „Die Linke“ und des ISOR e.V. TIG Geithain-Rochlitz und mit Unterstützung aus der ganzen Ex-DDR restauriert, so dass es ab 2018 wieder seine Gedenkfunktion hatte.

Aktuell eingeladen hatte die 2024 gegründete Interessengemeinschaft „Freundeskreis Fliegerehrenmal Syhra“, verbunden mit dem Ortsverband Geithain der Partei „Die Linke“ und ISOR e. V. TIG Geithain-Rochlitz. Unter den Gästen waren Vertreter der Russischen Botschaft Berlin. Bei der Gedenkveranstaltung sprach zunächst Th. Lang, Vorsitzender des Ortsverbandes Geithain der Partei „Die Linke“. Anschließend sprach Anton Smolnikow, Mitarbeiter der Botschaft der Russischen Föderation. Er äußerte sich zuversichtlich, dass sich das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland zum Guten ändern muss und auf diplomatischem Weg Veränderungen zum Positiven erreicht werden müssen. Russland sei nach wie vor zu Verhandlungen bereit. Der Artikel dokumentiert in voller Länge den sehr gehaltvollen Redebeitrag von Th. Lang, der sich kritisch und konzentriert mit der derzeitigen kriegsorientierten deutschen Politik auseinandersetzt. Dabei kommt er im Umfeld der Gründe für den russischen Angriff auf die Ukraine 2022 auf den 2+4-Vertrag und Zusicherungen „keine NATO-Osterweiterung“ zu sprechen. Hier der Wortlaut-

ausschnitt, den Erhard Oelschläger zu Recht als ungenau bemängelt: „Leider hat zuvor die NATO oftmals durch die Hintertür versucht, einst getroffene Abmachungen zu hintergehen, auch zwischen diesen beiden Staaten [Russland und Ukraine]. Und ich erinnere an das 2+4-Abkommen von Berlin, wo einst versprochen wurde, das Nato-Gebiet nicht nach Osten auszudehnen.“ Es ist verdienstvoll und informativ, in der Detailtiefe über die Verstaltung in Syhra zu berichten. Der Reporter zu solcher Veranstaltung hat weder die Aufgabe noch das Recht, Inhalte von Beiträgern zu bewerten. Insofern sind Ungenauigkeiten in Th. Langs Redebeitrag nicht ISOR e.V. zuzurechnen. Auch ist von dem Vorsitzenden des Ortsverbandes einer Partei nicht die Erinnerungs-Präzision eines Historikers zu verlangen. Die Rede ist aus meiner Einschätzung hervorragend, aber eben – da hat Erhard Oelschläger Recht – geringfügig ungenau.

Wie Erhard Oelschläger richtig anmerkt, lautet die genaue Bezeichnung „2+4-Vertrag“. Der Vertrag stammt auch nicht aus Berlin, sondern wurde 1990 in Moskau abgeschlossen; eine der vier Vorverhandlungen fand in Berlin statt. In der Vorbereitung dieser Verhandlungen wurde von westlicher Seite der sowjetischen Regierung (Gorbatschow, Schewardnadse) in Moskau ehrenwörtlich versprochen, die NATO nicht über die DDR hinaus nach Osten zu erweitern, und zwar am 9. Februar 1990 vom US-Außenminister Baker, am 10. Februar 1990 vom BRD-Bundeskanzler Kohl und seinem Außenminister Genscher, sämtlich dokumentiert. Erhard Oelschläger hat Recht: Der 2+4-Vertrag enthält keine Zusage betreffend NATO-Osterweiterung, im Gegenteil: Der Vertrag ist die Rechtsgrundlage dafür, dass das DDR-Gebiet formell der NATO zugewiesen ist, die erste NATO-Osterweiterung, der ab 1997 vier Wellen weiterer NATO-Osterweiterungen an die russischen und belarussischen Grenzen folgten, bis den USA schließlich nur noch die Ukraine fehlte. Zu betonen ist: Die NATO – immer unter Oberbefehl eines US-Generals – ist kein Bündnis gleichberechtigter Staaten, sondern eine europäische Fremdenlegion des US-Präsidenten. Zu dem Themenkomplex 2+4-Vertrag und NATO-Osterweiterung seien hier abschließend noch drei Dinge angemerkt:

(a) Zitat aus der Präambel des 2+4-Vertrags:
„.... in Würdigung dessen, dass das deutsche Volk

in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, ...“ Dies trifft nicht zu: Im Dezember 1989 waren laut großer professioneller Befragung in allen DDR-Bezirken 71% der DDR-Bürger für die Erhaltung der Souveränität der DDR, d.h. auf jeden Fall gegen die schnelle Vereinigung, die dann geschah. Die Volkskammerwahl am 18. März 1990 wird amtlicherseits zu einer Entscheidung der DDR-Bürger für die schnelle Einheit verfälscht, in Wahrheit eine Entscheidung für Verbesserungen in der souveränen DDR. Verlogene Versprechungen („blühende Landschaften“), direkte Lügen („DDR pleite“) und die Verführung durch den Glanz etwa vierfachen Geldwertes in der Tasche durch die D-Mark brachten die Regierung de Maizière an die Regierung, als Marionette des BRD-Kanzlers Kohl. Die BRD-Bürger ebenso wie wir West-Berliner hatten gar keine amtliche Möglichkeit, im Zeitraum zwischen Maueröffnung und dem 3.10.1990 eine Meinung zur Einheit zum Ausdruck zu bringen.

(b) Den sachlichen Kern des 2+4-Vertrags bildet Art. 5 Absatz 3, Schlussatz: „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“ „Dieser Teil Deutschlands“ bedeutet Ostdeutschland, also DDR plus West-Berlin. Dankenswerterweise verkündeten am Vorabend des vorgesehenen Unterzeichnungstermins 12. September 1990 in Moskau die Briten, sie wollten in der DDR Militärmanöver ausführen. Daraufhin erklärte der sowjetische Außenminister Schewardnadse, unter der Bedingung könne die Sowjetunion nicht unterschreiben. Aufgeschreckt verhandelte daraufhin in der Nacht BRD-Außenminister Genscher mit seinen beiden Mitarbeitern Kastrup und Elbe mit US-Außenminister Baker, der „nach Whisky-Genuss und Schlaftablette, im Hotel ge-weckt werden musste.“



Weiterlesen:
https://isor-sozialverein.de/wp-content/uploads/2025/12/20251209_Stellungnahme_ISOR_12_25.pdf

80 Jahre Nürnberger Prozesse – nicht nur Erinnerung

Am 20. November 1945 wurde der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMG) eröffnet. Ankläger waren die vier Alliierten Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und die USA. Grundlage war das Viermächteabkommen und das Kontrollratsgesetz Nr.10. Die Anklagen gegen die führenden Faschisten lauteten auf Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit. 19 der 24 Angeklagten wurden mit Urteilen vom 30.9./1.10. 1946 schuldig gesprochen; 12 wurden zum Tode, die übrigen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das NSDAP-Führerkorps, die Gestapo, der SD und die SS wurden zu verbrecherischen Organisationen erklärt.

Dieser Prozess war der erste und einzige der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. Der von den USA und Großbritannien begonnene Kalte Krieg gegen die Sowjetunion verhinderte die Fortsetzung der gemeinsamen Verfahren. Prozesse führten nun die Besatzungsmächte jeweils allein durch. Ihre Zahl wird auf mehrere Tausend mit über 50.000 Verurteilten geschätzt. Weitere Prozesse fanden u. a. vor dem Internationalen Militärgerichtshof für den Fernen Osten 1946 bis 1948 in Japan statt.

Anfang der 1950-er Jahre übertrugen die Besatzungsmächte in Deutschland die Strafverfolgung beiden deutschen Staaten. Diese waren nun gemäß Potsdamer Abkommen eigenverantwortlich für die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen. Die DDR begann konsequent mit der Umsetzung. Die Bundesrepublik unter Adenauer betrachtete sich seit Gründung als Fortsetzung des Deutschen Reichs. Sie rüstete auf, erhob revisionistische Forderungen und verhinderte mit Unterstützung der Westmächte ein einheitliches neutrales Deutschland.

Für seine antikommunistische Politik brauchte es die „Fachkunde“ des Faschismus. Somit betrieb es die Entnazifizierung und Verfolgung nur halb-

herzig bis gar nicht. Massenmörder und Kriegsverbrecher bekleideten höchste staatliche Ämter. Das „Braunbuch“ der DDR entlarvt mit über 1.800 Fällen diese braune Politik. Den Zustand charakterisierte der Hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der mutig den Auschwitzprozess initiierte, treffend mit den Worten, dass er sich in einem „feindlichen Umfeld“ wähnte.

Die DDR verfolgte die Täter bis zum Ende ihrer Existenz. Herausragend der Prozess gegen den abwesenden Kanzleramtsminister der BRD, Globke, ein Judenmörder. Allein die Zahl der Verurteilten in Ost und West belegt den Unterschied: Von der BRD wurden ca. 7 000 Täter bestraft, in der DDR nahezu 13 000. Obwohl die Bevölkerung der DDR geringer, viele Täter nach dem Westen geflohen waren. Eine radikale Bewältigung des Faschismus hat die BRD nie betrieben. Das belegen auch westdeutsche Publizisten überzeugend, wie Lutz Lehmann oder Reinhard Opitz, nach 1990 Erich Köhler, Kurt Goldstein und andere. Selbst der 5. Strafsenat des BGH musste 1995 selbstkritisch zugeben, dass keine Richter und Staatsanwälte wegen ihrer Verbrechen im NS-Staat verurteilt wurden.

Die Konsequenz von „Nürnberg“ war in der alten Bundesrepublik mit Unterstützung der Westmächte schnell Geschichte. Auch die inzwischen vom vereinten Deutschland geführten NS-Verfahren sind kein ernsthaftes Zeichen von Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Die Hauptäter hatte man bis zum Lebensende mit juristischen Konstrukten geschützt (u. a. Verjährung) und sogar mit hohen Pensionen belohnt. Die aktuelle Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung gegen Russland ist das Gegenteil der Lehren aus „Nürnberg“. Auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag verkörpert nicht diesen Geist. Dann hätten schon lange Anklagen gegen westliche Spitzenpolitiker, auch USA-Präsidenten, erhoben werden müssen wegen ihrer

Menschenrechtsverbrechen in Vietnam, Irak, Libyen, Jugoslawien, Palästina ... Deutschland selbst war und ist in solchen Verbrechen verstrickt.

Die DDR hat die Konsequenz des „Nürnberger Prozesses“ in Politik und Rechtsprechung umgesetzt. Ihr ging es, wie in Nürnberg, um Gerechtigkeit: die Würde der Opfer und die Abrechnung mit den Tätern. Zur Verschleierung ihrer eigenen Untätigkeit sind Antifaschismus und Verfolgung von NS-Tätern in der DDR bis heute Gegenstand perfider Geschichtsfälschung bundesdeutscher Politik.

Der Amsterdamer Professor Christiaan Frederik Rüter hat nach akribischer Untersuchung den Unterschied deutlich benannt: Nach seinem Urteil war die Rechtspraxis beider Staaten bestimmt vom „Unsere-Leute-Prinzip“. In der DDR waren „unsere Leute“ nicht die Nazis, sondern deren Opfer.

Hans Bauer, Vorsitzender der GRH e. V. und Beiratsmitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes November 2025

Eine interessante Internetseite zu den Nürnberger Prozessen das Projekt „Nuremberg. Casus pacis“

Weiterlesen und über das Projekt „Nuremberg Casus Pacis“



<https://de.nuremberg.media/project/20201119/19508/ber-das-Projekt-Nuremberg-Casus-pacis.html>

Hans Bauer

Antwortschreiben des MdL Christian Hartmann an Gerald Böhm zu möglichen Anpassungen im Rentensystem

Sehr geehrter Herr Böhm,
für Ihr Schreiben vom 15. Oktober 2025, in dem Sie im Namen des ISOR e. V. auf mögliche Anpassungen im Rentensystem - insbesondere hinsichtlich ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR - hinweisen, danke ich Ihnen. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie sich im Sinne Ihres Vereins für die Belange der von Ihnen vertretenen Berufsgruppen einsetzen und deren Anliegen mit Nachdruck voranbringen. Das große Engagement, mit dem das Thema begleitet wird, ist deutlich spürbar. Gleichwohl muss ich darauf hinweisen, dass ich auf Grundlage der gelgenden Rechtslage im AAÜG keinen Ansatzpunkt für die von Ihnen geschilderte Bewertung eines „Rentenunrechts“ erkennen kann. Die Recht-

sprechung hat sich in den vergangenen Jahren umfassend mit der Rentenüberleitung befasst und dabei wiederholt bestätigt, dass diese den verfassungsrechtlichen Anforderungen entspricht. Vor diesem Hintergrund sehe ich derzeit leider keine realistische Möglichkeit, auf Bundesebene aussichtsreich für eine Änderung in dem von Ihnen gewünschten Sinne zu werben. Ich hoffe dennoch, dass Sie meine Position nachvollziehen können, und danke Ihnen nochmals für Ihre ausführliche Darstellung sowie Ihr Engagement.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Hartmann, MdL Dresden, 4.12.2025

Antwort von Joachim Bonatz zu o.g. Antwort des MdL Christian Hartmann

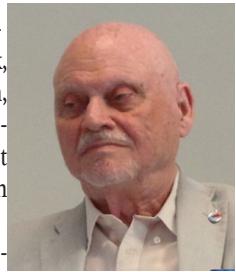
Diese Antwort reflektiert zweierlei nicht.

1. Natürlich wissen wir um die derzeitige gesetzliche Lage und unsere Schreiben beabsichtigen,

dass die Gesetzgeber genau das tun, was das BVerfG sagt - es ist Sache des Gesetzgebers eine bessere Regelung zu treffen.

2. Alle angenommenen Gründe für die abweichende Entscheidung des BVerfG 1999 zu den anderen bewaffneten Organen (weil vorgeblich es die nicht vorhandene Informationslage nicht anders ermöglichte) für die vom Bundestag beschlossene Regelung der §§ 6 und 7 AAÜG sind inzwischen ad absurdum geführt worden. Mit den nachfolgenden Aussagen dazu vom BVerfG hat dieses sich immer wieder darauf bezogen, dies richtigzustellen ist Sache des Gesetzgebers. Nehmen wir an, es handelt sich bei der Antwort um fehlende Kenntnis und Fähigkeit, aber nicht um böswillige Diskreditierung dieses Teils des „wiedervereinigten Deutschlands“, bei dem Menschen statt mit aufrechtem Gang vor den neuen Herrschenden im Staub liegen sollen.

Joachim Bonatz, Vors. ISOR e.V.





Krieg oder Frieden, Deutschland vor der Entscheidung
Klaus von Dohnanyi, Erich Vad
20,- Euro, 144 Seiten,
ISBN 13 978-3987913365

Wenn politische Rhetorik zunehmend von Konfrontation bestimmt ist, braucht es Stimmen, die für Verständigung eintraten. Klaus von Dohnanyi und Erich Vad analysieren die gegenwärtige Lage mit klarem Blick und strategischer Tie-

fe. Sie fordern, was oft vergessen wird: Diplomatie als Pflicht und Ausdruck von Stärke. Und sie denken lösungsorientiert: Frieden entstehe nicht durch Eskalation, sondern durch Dialog, Verhandlungen und den Mut zur politischen Klugheit. Ihr Gespräch lädt ein zur Rückbesinnung auf das, was Krisen lösen kann, nämlich Gesprächsbereitschaft, Augenmaß, Verantwortung.

Denn die Gefahr einer weiteren Eskalation ist real - und wächst. Unabhängig, sachlich und entschlossen in der Haltung appellieren Klaus von Dohnanyi und Erich Vad: Es braucht mehr Diplomatie!

Beschreibung; aus amazon.de



ten des friedliebenden und schwer geprüften venezolanischen Volkes danken. Dank eurer Solidarität sind nach unserem Spendenaufruf insgesamt, Stand 15.12.2025, 1.500 Euro zusammengekommen – ein starkes Zeichen der Verbundenheit und Solidarität. Leider war es uns aufgrund der aktuellen und sich weiter zuspitzenden Lage in Venezuela nicht möglich, am internationalen Friedens-

Danksagung

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Unterstützrinnen und Unterstützer,

wir möchten euch

von Herzen für

eure großzügigen

Spenden zugun-

ten in Caracas vom 09. bis 10. Dezember 2025 teilzunehmen. Die Reise wurde kurzfristig aus Sicherheitsgründen abgesagt, so dass eine Übergabe der Spenden nicht möglich war. Trotz dieser Umstände versichern wir euch: Eure Spenden werden im Jahr 2026 ihren Weg nach Venezuela finden und dort Menschen unterstützen, die dringend auf internationale Solidarität angewiesen sind. Wir bedanken uns schon jetzt sehr herzlich für eure finanzielle Hilfe, euer Vertrauen und eure gelebte Solidarität. Euer Beitrag ist ein wichtiges Zeichen der Hoffnung – und ein Lichtblick für diejenigen, die in schwierigen Zeiten nicht vergessen werden dürfen. Es bleibt bei der Losung von Che Guevara: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“!

Anja Mewes, Friedenglockengesellschaft Berlin e.V.

Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.
Vi.S.d.P: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de
Vertrieb: Bernd Hartmann,
isor-finanz-stat@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko
Herstellung: MediaService
Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind

Impressum

die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrnehmende Kürzungen vor.
Redaktionsschluss: 16.12.2025
Print- & Internetausgabe: 06.01.2026
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.01.2026
Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr
Mi: nach telefon. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de
Rente/Soziales: Steffen Haupt
Tel. 030 297843-19
E-Mail: hauptsteffen@gmx.net

Schatzmeister und Statistik:
Bernd Hartmann (Home-Office)
Di: Bürotermine und nach tel.
Vereinbarung
Mi: 8-16 Uhr
Tel.: 03338-750 76 92
Fax: 03338-750 76 91
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de
AG Soziales und Betreuung:
Florian Münter
Telefon: 0151-41 46 65 51
Email: isor-sozialebetreuung@t-online.de
Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de
Bankverbind.: Berliner Sparkasse
Empfänger: ISOR e.V. Berlin
IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXXX

★ ★ RICHTIGSTELLUNG ★ ★

Wir möchten uns aufrichtig für die falsche Todesmitteilung zu Freya Dzaebel entschuldigen! Nach Meldung ihres Umzugs in ein Seniorenheim ist diese Information nicht ordnungsgemäß in Berlin abgelegt worden. Wir bedauern die Verwirrung und die emotionalen Auswirkungen, die dies gehabt haben könnte und versichern, dass wir eingehende Informationen noch exakter prüfen werden. Vielen Dank für Ihr Verständnis in dieser sensiblen Angelegenheit.

*Mit freundlichen Grüßen
Gerdt Puchta,
Redaktion*